

Antrag

**der Abgeordneten Birgit Stöver, Stephan Gamm, Richard Seelmaecker,
Joachim Lenders, Thomas Kreuzmann (CDU) und Fraktion**

zu Drs. 21/16820

Betr.: Klimaschutz an Hamburger Schulen – Rettung des Erfolgsmodells „fifty/fifty“

Das Projekt „fifty/fifty“ hat seit 1994 an vielen Schulen bei Lehrern und Schülern zu einem Umdenken in Sachen Klimaschutz und Ressourcenschonung geführt. Ursprünglich zielte das Modell darauf ab, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass zum Beispiel Heizungen in den Klassenräumen nachts, am Wochenende und während der Ferien ausgeschaltet werden. Im weiteren Verlauf bauten Schüler im Unterricht sogar Photovoltaikanlagen und entwickelten eigene Strategien zur Müllverringerung. Wie es der Projektname erahnen lässt, darf die Schule 50 Prozent des Betrages behalten, der durch Reduktion von Energie, Wasser und Abfall im Laufe eines Jahres eingespart wird. Die übrigen 50 Prozent behält die Stadt ein. Neben dem pädagogischen Effekt, liefert „fifty/fifty“ einen starken finanziellen Anreiz: Etwa 1,5 Millionen Euro werden pro Jahr ausgeschüttet. Größere Schulen können Prämien bis zu 25 000 Euro erzielen. Das Projekt ist in den letzten Jahren sowohl bei den Schulleitungen als auch bei den Schülern auf großen Zuspruch gestoßen und wurde bundesweit etliche Male nachgeahmt.

Auf Initiative der Regierungsfractionen von SPD und GRÜNEN soll das erfolgreiche Projekt jedoch beendet werden. Im Bürgerschaftsausschuss für Umwelt und Energie haben der Senat und Vertreter der Schulbehörde ein neues Konzept vorgestellt, das „fifty/fifty“ ersetzen soll. Damit soll das Prinzip „mehr Energieeinsparung, höhere Prämie“ abgeschafft werden. Bei unverändertem und gesenktem Energieverbrauch einer Schule (im Vergleich zum Vorjahr) sollen pro Schüler pauschal 5 Euro ausgezahlt werden. Jeweils 3 Euro pro Schüler erhalten die Schulen, wenn sie Klimaschutz-Aktivitäten im Unterricht behandeln und nachweisen. Ebenso für den Nachweis, dass der Verbrauch durch eine gute Abstimmung und Verzahnung zwischen Hausmeister, technischem Personal, Lehrern und Schülern gesenkt wird. Diese Erfolge sollen anhand standardisierter Fragebögen bewertet werden.

Ferner soll künftig eine Obergrenze für die Prämien eingeführt werden: Schulen mit 1 000 und mehr Schülern sollen nicht mehr als 10 000 Euro, Standorte mit 1 500 und mehr Schülern nicht mehr als 12 500 Euro pro Jahr erhalten.

Damit geht das Leistungsprinzip verloren und hat mit aktivem Anreiz zum Klimaschutz wenig zu tun. Außerdem fehlt es dem neuen Modell an Fairness, da Bedarfsänderungen an einer Schule keinerlei Berücksichtigung finden. So zum Beispiel, wenn sich der Stromverbrauch durch den Einbau einer neuen Küche erhöht.

Die CDU-Fraktion fordert den Senat hiermit auf, sich an das im rot-grünen Koalitionsvertrag niedergeschriebene Versprechen „Das Fifty/fifty-Programm wird gesichert und weitergeführt. Das Mieter-/Vermieter-Modell wird entsprechend angepasst“ zu halten und das Klimaschutzprojekt „fifty/fifty“ nach dem bisherigen Verfahren fortzuschreiben.

Die Bürgerschaft möge beschließen:

Der Senat wird ersucht,

1. das Klimaschutzprogramm „fifty/fifty“ weiterhin nach dem Leistungsprinzip an Hamburger Schulen durchzuführen und dabei von pauschalen Prämienzahlungen sowie von deren Obergrenzen abzusehen;
2. sich an das im Koalitionsvertrag vereinbarte Ziel zu halten und das Mieter-/Vermieter-Modell entsprechend anzupassen;
3. der Bürgerschaft bis zum 31. Juli 2019 zu berichten.